

2009-04-28

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.03.2009

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:00 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 226, Rathaus Dessau

**Es fehlten entschuldigt:**

### **Fraktion der CDU**

Trocha, Harald

### **Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**

Griebsch, Hannelore

### **Ausländerbeauftragter**

Schwierz, Andreas

### **Seniorenbeauftragte**

Scholz, Klaus

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Die Ausschusssitzung wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, Herrn Dreibrodt, eröffnet.

### **2. Feststellung der form- und fristgerechten Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die form- und fristgerechte Ladung zur Ausschusssitzung erfolgte.  
Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses war gegeben.

### **3. Beschlussfassung der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende beantragte, die Tagesordnungspunkte 9.1. und 9.2. des nichtöffentlichen Teils der Sitzung in der Reihenfolge zu verändern. Weiterhin erklärte er, dass die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 17.02.2009 aufgrund der Erkrankung der Protokollantin erst in der Ausschusssitzung im April 2009 vorliegen wird.

Aus diesem Grund beantragte Herr Puttkammer, dass der Tagesordnungspunkt 4 der heutigen Sitzung gestrichen wird.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

#### **4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

In der Ausschusssitzung am 17.02.2009 waren keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst worden.

#### **5. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen**

##### Herr Gebhardt:

In der Mitteldeutschen Zeitung war ein Artikel zu Schulabbrecherquoten in Sachsen-Anhalt veröffentlicht worden. Laut Auskunft des Landes werden die Sozialarbeiter an den Schulen nicht so eingesetzt wie es erforderlich ist. Ist an Dessauer Schulen die notwendige Anzahl an Sozialarbeitern eingesetzt?

##### Frau Tschirnich:

In der Dienstberatung im Dezernat wurde zur Problematik berichtet. Die Beantwortung dieser Frage kann nur durch das entsprechende Fachamt, das Schulverwaltungsamt, erfolgen.

#### **6. Bericht zur epidemiologischen Situation in der Stadt Dessau-Roßlau**

Zum Tagesordnungspunkt berichtete Frau Knape, Sachgebietsleiterin im Gesundheitsamt der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau:

- Es besteht eine gesetzliche Meldepflicht für Infektionskrankheiten wie
  - . Influenza
  - . Noroviren
  - . Rotaviren
  - . verschiedene Kinderkrankheiten.
- Im I. Quartal 2009 (Stand 17.03.2009) wurden nachfolgende Fälle gemeldet.
 

. Influenza:	45	Vergleich I. Quartal 2008:	40
. Rotaviren:	61	Vergleich I. Quartal 2008:	122
. Noroviren:	136	Vergleich I. Quartal 2008:	136.
- Seltene Erkrankungen im I. Quartal 2009 waren Hepatitis A und Legionellose.
- Influenza:
 

Die steigende Tendenz in Sachsen-Anhalt spiegelte sich auch in Dessau-Roßlau wider. Es zeichnet sich ein Ansteigen der Erkrankungen beginnend in der 3. Woche ab und ab 8. Woche ist eine wieder abfallende Tendenz zu verzeichnen

Die Erkrankten sind nicht geimpft. Betroffene Altersgruppe im Stadtgebiet sind Kinder von 1 bis 15 Jahren.

In Sachsen-Anhalt gibt es ein Frühwarnsystem zur Überwachung der akuten respiratorischen Erkrankungen (ARE). Dieses System soll auch frühzeitig eine regionale Grippe-Aktivität anzeigen. Alle Gesundheitsämter des Landes sind daran beteiligt. In Dessau-Roßlau wurden 9 Kindertageseinrichtungen ausgewählt, welche hierzu 1 x wöchentlich durch das Gesundheitsamt zum aktuellen Krankenstand befragt werden. Anschließend erfolgt die anonymisierte Meldung an das Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt, dieses wertet die Daten wöchentlich aus und veröffentlicht diese so genannte „Surveillance für Influenza und andere akute respiratorische Erkrankungen (ARE)“ in Wochenberichten auf seiner Internetseite.

- Dem Gesundheitsamt meldepflichtig sind auch die Kinderkrankheiten Scharlach, Windpocken, Keuchhusten sowie der Kopflausbefall. Am häufigsten wird Scharlach gemeldet, so z. B. 2009 bisher 20 Fälle. Im Vergleich dazu wurden im I. Quartal 2008 83 Erkrankungen registriert.
- Im I. Quartal 2009 gab es eine Erkrankungshäufung an Salmonellen infolge Verzehr von selbst hergestelltem Tiramisu. Diese Speise wurde in einem Privathaushalt aus rohen Eiern selbst zubereitet.
- MRSA Netzwerkbildung Sachsen-Anhalt:  
Auf der Grundlage des Beschlusses der 79. Gesundheitsministerkonferenz bekennen sich die Bundesländer zur Aufgabe, die Weiterverbreitung multiresistenter Erreger einzudämmen. Hierzu fanden durch das Landesamt für Verbraucherschutz 2007 in Sachsen-Anhalt erste Befragungen mittels Fragebogen in den Krankenhäusern statt. Darauf aufbauend wird ab 2009 eine standardisierte, einheitliche Erhebung in allen Krankenhäusern des Landes im Rahmen der jährlichen Amtsärztlichen Hygienebegehung durchgeführt. Anschließend soll die Auswertung im Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt erfolgen, Ergebnisse sollen anonymisiert veröffentlicht werden. Für die Netzwerkbildung wird es in jedem Gesundheitsamt des Landes mindestens einen Ansprechpartner geben.

Frau Stöbe fragte, ob der Anstieg an Kinderkrankheiten im Zusammenhang steht mit der Senkung der Impfbereitschaft der Kinder?

Frau Knappe:

Die Bewertung dieser Tendenz ist so konkret noch nicht erhoben worden. Zum Zusammenhang der Impfbereitschaft und der Erhöhung der Krankheitsfälle kann der kinder- und jugendärztliche Bereich genauer Auskunft geben.

Herr Dr. Plettner bat darum, diese Anfrage in das Gesundheitsamt zur Beantwortung mitzunehmen. Der Durchimpfungsgrad sollte bei der Einschulung bekannt sein, es müsste Zahlen geben.

Die Ausschussmitglieder dankten Frau Knappe für ihren Bericht.

## **7. Bericht zu möglichen Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungsprogramms auf die Förderung der Träger der freien Wohlfahrtspflege im Sozialbereich**

Frau Gebhardt berichtete anhand einer Power-Point-Präsentation zu diesem Tagesordnungspunkt.

Beispielhaft für alle Vereine wurden Statistiken zur Auslastung sowie die Förderung aufgezeigt für die Schuldnerberatung des Diakonischen Werkes, Die Brücke e. V. und die Telefonseelsorge.

Die Power-Point-Darstellung wird als Datei an alle Mitglieder des Ausschusses versandt.

Durch Herrn Puttkammer wurde Rederecht für Herrn Gerasch beantragt. Diesem Antrag wurde durch die Ausschussmitglieder stattgegeben.

Herr Gerasch bat darum, die Förderung des Seniorenbeirates zu erläutern. Dies erfolgte durch Frau Gebhardt anhand der Präsentation.

Herr Dreibrod:

Die kommunale Förderung wurde insgesamt dargestellt. Grundsätzlich ist die Förderung seit 2005 konstant geblieben trotz erhöhter Einwohnerzahlen durch die Fusion der beiden Städte. Das ist ihm unverständlich.

Frau Gebhardt:

Verschiedene Angebote der Dessauer Vereine wurden schon vor der Fusion von Roßlauer Bürgern angenommen (z. B. Wildwasser).

Herr Puttkammer:

Wir haben als Stadt Pflichtaufgaben, die wir an freie Träger übergeben haben. Ich möchte eine konkrete Übersicht haben über die Anzahl der Pflichtaufgaben und die Anzahl der freiwilligen Leistungen. Wenn die Financer des Stadtrates den 1. Zugriff haben, vergeben wir Kompetenzen.

Herr Dr. Raschpichler:

Für die nächste Finanzausschusssitzung wird eine Auflistung der Kämmerei zu Zuwendungen im gesamten Kultur-, Jugend- und Sozialbereich durch die Fachämter des Dezernates V erstellt. Die Ämter trennen exakt in freiwillige und Pflichtleistungen.

Herr Busch:

Uns hindert keiner daran, im Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu beschließen, dass im sozialen Bereich keine Mittel eingespart werden.

Frau Andrich:

Die Financer wollen Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen. Wir sind dagegen, weil wir bei Kürzungen in diesem Bereich die Verbände und Vereine unseres Oberzentrums gefährden.

Bei kofinanzierten Projekten kann bei Kürzungen im freiwilligen Bereich die Finanzierung durch das Land gefährdet sein.

Wir sollten gegenüber dem Finanzausschuss sehr deutlich machen, dass wir nicht gewillt sind, noch mehr Einsparungen hinzunehmen.

Herr Gebhardt:

Der Ansatz ist es, zu sagen was sind die Prioritäten, wie hat sich die soziale Arbeit in der Stadt gewandelt.

Es muss eine neue Sozialplanung auf den Tisch.

Herr Dr. Raschpichler:

Es wird eine neue Sozialplanung geben; es wird auch eine neue Kulturplanung geben. Die Ämter des Dezernates V legen bis zum 01.04.2009 genau vor: Was sind die Leistungen der Stadt, wo können zusätzliche Mittel akquiriert werden, was sind freiwillige und was sind zusätzliche Leistungen.

Herr Busch:

Bei welchen Vereinen wollen wir denn noch sparen? Wir brauchen mehr Geld als bisher.

Herr Puttkammer:

Ich möchte niemandem Geld wegnehmen. Ich möchte aufgezeigt erhalten, welche Auswirkungen hat es auf die soziale Arbeit der Stadt, wenn wir den Haushalt nicht in den Griff bekommen.

## **8. Öffentliche Informationen des Beigeordneten**

Der Beigeordnete für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur, Herr Dr. Raschpichler, gab folgende Informationen:

- Stand SGB II – große Erwartungen der Kommunen, dass es mit den ARGEN weitergeht.  
Schreiben der Kommunalen Spitzenverbände an die Bundesregierung, dass Leistungserbringung aus einer Hand im Sinne der Betroffenen und auch der Beschäftigten weiter erfolgen sollte.
- Satzungsentwurf der Satzungen des Senioren- und des Behindertenbeirates sollen in eine der nächsten DB des OB eingebracht und danach mit den Senioren und den Behinderten beraten werden. Zuerst soll die Hauptsatzung und danach die Beiräte-satzungen überarbeitet werden.
- Freitische: Im Haushaltsjahr 2009 werden ca. 25.000,00 EUR bereitgestellt, um Kindern die Möglichkeit der Teilnahme am Mittagessen in den Schulen zu ermöglichen. Ungefähr 3 Prozent aller Schüler fallen in den Bedürftigkeitsanspruch auf Freiessen. Die entsprechenden Summen werden in das Budget der Schule eingestellt; der Schulleiter soll die Bewilligungsbehörde sein. Die Leistung soll unbürokratisch erbracht werden. In den Regelsätzen der Grundsicherung ist diese Leistung ursprünglich enthalten.  
Beginn der Freitische wird der Beginn des Schuljahres 2009/2010 sein; Bewilligungsdauer ist ein Schuljahr.

- Einmalige Beihilfe für die Einschulung wurde als freiwillige Leistung in den Haushaltsplan 2008 aufgenommen. Mit der Novelle des SGB II wurde diese Leistung gesetzlich verankert.

Herr Puttkammer:

Das heißt, Geringverdiener fallen heraus und Empfänger von SGB-II-Leistungen erhalten mehr Leistungen? Damit hätte ich Bauchschmerzen.

Frau Paesold:

Im vergangenen Jahr war der Personenkreis, der diese Einschulungsbeihilfe (bei Ersteinschulung) erhielt, auf das SGB II und XII festgelegt.

Damals stand bereits die gesetzliche Regelung in Aussicht. Mit der neuen gesetzlichen Beschlusslage erhalten jetzt alle Kinder von SGB-II- und SGB-XII-Empfängern jeweils 100,00 EUR pro Schuljahr (bis zur 10. Klasse) für Schulmittelbedarf.

Der Personenkreis der Geringverdiener war im letzten Jahr auch schon nicht betroffen.

Frau Andrich:

Bei Geringverdienern sind Aufstocker dabei, die SGB-II-Leistungen erhalten. Dieser Personenkreis erhält auf alle Fälle die Leistung.

Herrn Gerasch wurde durch den Ausschussvorsitzenden nochmaliges Rederecht erteilt.

Herr Gerasch:

Er war auch in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales anwesend. Herr Stadtrat Trocha hatte in dieser Sitzung angefragt, warum sich Herr Dr. Raschpichler nicht dafür einsetzt, dass sich die Senioren von Dessau und Roßlau einigen. Herr Dr. Raschpichler hatte in einer Beratung im Januar abgelehnt, sich in die Streitigkeiten der Senioren einzumischen.

Herr Dr. Raschpichler:

Wenn man aus einer Beratung zitiert, ist es immer eine Frage wie man das aufgefasst hat. So habe ich das nie gesagt! Mich hat das Spannungsfeld zwischen den Dessauer und den Roßlauer Senioren überrascht und ein Stück auch befremdet. Wenn die Seniorenvertretung der Meinung wäre, ich möchte vermitteln, dann möchte ich auch ein ganz klares Mandat.

Abschließend betonte Herr Dr. Raschpichler seine große Hochachtung vor der Tätigkeit, die Herr Gerasch geleistet hat.

## **11. Schließung der Sitzung**

Die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales wurde 19:00 Uhr durch Herrn Dreibrodt beendet.

Dessau-Roßlau, 29.04.09

---

Hans-Peter Dreibrodt  
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Drosdzoll  
Schriftführerin

